

Die Bürgerschaftswahl in Bremen vom 14. Mai 2023: SPD wieder stärkste Partei, Rot-Grün-Rot wird fortgesetzt

Lothar Probst

Die Bürgerschaftswahl am 14. Mai im Mini-Elektorat Bremen mit ca. 468.000 Wahlberechtigten genießt unter den vier Landtagswahlen in diesem Jahr die geringste bundespolitische Aufmerksamkeit, weil sie kaum als Testwahl für den Bund taugt. Gleichwohl sorgte die Entscheidung des Landeswahlausschusses, keine der beiden eingereichten verfeindeten Wahllisten der AfD zur Wahl zuzulassen, für ein bundesweites Echo. Außerdem war man in den Parteizentralen in Berlin angesichts des in den Umfragen vorhergesagten engen Rennens zwischen SPD und CDU gespannt, wie die Wahl ausgehen würde.

1. Wahlen in Bremen – ein Unikat unter den Bundesländern

Zu den Besonderheiten von Bürgerschaftswahlen in Bremen gehört, dass es das letzte und einzige Bundesland mit einer vierjährigen Wahlperiode ist. Diese Besonderheit geht auf einen Volksentscheid zurück, der 2017 zusammen mit der Stimmabgabe bei der Bundestagswahl durchgeführt wurde und bei dem über die Dauer der Wahlperiode bei Bürgerschaftswahlen abgestimmt werden konnte. Mit 51,6 Prozent votierte eine knappe Mehrheit für die Beibehaltung einer vierjährigen Wahlperiode.

1.1. Das Wahlrecht

Das Wahlrecht weist einige Besonderheiten auf. Aufgrund seiner Konstituierung als Zwei-Städte-Staat gibt es im kleinsten Bundesland die zwei voneinander unabhängigen Wahlbereiche Bremen und Bremerhaven, in denen jeweils getrennt die Fünfprozenthürde für den Einzug von Parteien bzw. Wählervereinigungen in das Landesparlament gilt. Diese Besonderheit des Wahlrechts kann sich entscheidend auf das Wahlergebnis und die Sitzverteilung in der Bürgerschaft auswirken. Aufgrund der voneinander getrennten Wahlbereiche bei der Bürgerschaftswahl (Landtag) haben kleine Parteien und Wählervereinigungen in Bremerhaven, vor allem bei einer geringen Wahlbeteiligung, sehr gute Chancen, die Fünfprozenthürde zu überspringen und zumindest einen Sitz im Landesparlament zu erobern.¹ Davon hat seit 2007 die Wählervereinigung Bürger in Wut profitieren können. Bei der davon getrennt stattfindenden Wahl zur Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung als reine Kommunalwahl gibt es keine Sperrklausel.

1 Vgl. *Lothar Probst*, Wahlrecht und Wahlsystem in Bremen, in: *ders. / Matthias Güldner / Andreas Klee* (Hrsg.), Politik und Regieren in Bremen, Wiesbaden 2022, S. 273 – 281.

1.2. Das Prinzip der verbundenen Kommunal- und Landtagswahl

Es gilt das Prinzip der verbundenen Kommunal- und Landtagswahl. So entscheiden die im Wahlbereich Bremen abgegebenen Stimmen nicht nur über die Zusammensetzung der Bremischen Bürgerschaft (Landtag), sondern auch über die der Bremischen Stadtbürgerschaft, dem Kommunalparlament der Stadt Bremen. Dabei ist die Anzahl der Abgeordneten aus dem Wahlbereich Bremen in der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) und in der Bremischen Stadtbürgerschaft identisch (72 Abgeordnete ab 2023²). Seitdem 1995 das kommunale Wahlrecht für EU-Ausländer zur Bremischen Stadtbürgerschaft eingeführt wurde, kann es passieren, dass die aus dem Wahlbereich Bremen gewählten Abgeordneten für die Bremische Bürgerschaft (Landtag) nicht zu hundert Prozent identisch mit den gewählten Abgeordneten der Bremischen Stadtbürgerschaft sind. Wenn eine Partei von dem kommunalen Wahlrecht für EU-Ausländer und Ausländerinnen überproportional profitiert, stehen ihr unter Umständen mehr Sitze in der Stadtbürgerschaft als im Landtag zu.

Auch in Bremerhaven sind Kommunal- und Landtagswahl in der Regel aneinander gekoppelt, wenngleich es sich dabei um zwei unterschiedliche, eigene Wahlgänge handelt. Zwischen 1947 und 1991 wurde das Bremerhavener Kommunalparlament, die Stadtverordnetenversammlung, zeitgleich mit der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) gewählt. Aufgrund einer vorgezogenen Neuwahl der Bremischen Bürgerschaft im Jahr 1995 fielen die folgenden Termine zur Wahl der Bürgerschaft und der Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven aber auseinander. Erst seit der Bürgerschaftswahl 2007 werden die Bremerhavener Abgeordneten für die Bremische Bürgerschaft und die Mitglieder der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung wieder am selben Tag gewählt. Bremerhaven entsendet 15 Abgeordnete in die Bürgerschaft (Landtag).

1.3. Das Wahlsystem

Last but not least: in Bremen wird seit der Bürgerschaftswahl 2011 aufgrund eines Volksbegehrens nach einem neuen Wahlsystem gewählt. Es handelt sich dabei um ein Mehrstimmwahlrecht. Dieses gehört zwar in die Kategorie der Verhältniswahlsysteme mit Sperrklausel, aber da jeder Wähler und jede Wählerin fünf Stimmen bei Bedarf beliebig panaschieren oder kumulieren kann, stehen ihnen viele Möglichkeiten der Stimmenabgabe zur Verfügung. Sie können zum Beispiel alle fünf Stimmen für eine Parteiliste abgeben oder die Stimmen auf mehrere Parteien bzw. Kandidatinnen und Kandidaten verteilen. Dadurch entstehen Listen- und Personenstimmmandate. Bei der Sitzzuteilung wird durch ein Zusammenzählen der für eine Partei abgegebenen Listen- und Personenstimmen zunächst für jeden der beiden Wahlbereiche ermittelt, welche Parteien und Wählervereinigungen

- 2 Da die Bevölkerungsentwicklung in Bremen und Bremerhaven sich im Laufe einer Wahlperiode oft verändert, muss auch die Zahl der Abgeordneten aus Bremerhaven und Bremen jeweils neu justiert werden. Da die wahlberechtigte Bevölkerung in Bremen wächst und in Bremerhaven schrumpft (in Bremerhaven würden also deutlich weniger Stimmen für die Erzielung eines Mandats reichen und damit wäre die Erfolgswertgleichheit der Stimmen nicht mehr gewährleistet), hat die Bürgerschaft beschlossen, die Anzahl der Abgeordneten aus Bremen von 69 auf 72 zu erhöhen, weil man sonst die Anzahl der Bremerhavener Abgeordneten hätte reduzieren müssen.

mindestens fünf Prozent erhalten haben. In der weiteren Unterverteilung werden die abgegebenen Listen- und Personenstimmen ins Verhältnis zueinander gesetzt, um zu ermitteln, wie viele Mandate nach Listenstimmenwahl und wie viele nach Personenstimmenwahl vergeben werden. Im nächsten Schritt werden seit 2019 zuerst die Personenstimmenmandate nach Höchstzahl vergeben, danach die Listenstimmenmandate nach der Reihenfolge auf der Liste, soweit die Kandidierenden nicht schon ein Personenstimmenmandat erhalten haben. Es ist das erklärte Ziel dieses Mehrstimmenwahlsystems, den Wählern mehr Einfluss auf die Auswahl der Abgeordneten einzuräumen. Da die Stimmen z.B. auf Kandidatinnen und Kandidaten, die von den Parteien auf weniger aussichtsreichen Listenplätzen nominiert wurden, kumuliert werden können, kann sich die Listenreihenfolge bei der Mandatsvergabe ändern. Dass dies tatsächlich eintritt, haben die Bürgerschaftswahlen seit 2011 eindrücklich bewiesen. Bei allen Parteien kam es zu Verschiebungen auf den Listen der Parteien, und es wurden Personen in die Bürgerschaft gewählt, die nach dem alten Wahlrecht keine Chance gehabt hätten. Besonders ausgeprägt war der Effekt bei der SPD, bei der 2019 die Hälfte aller Mandate über die Personenstimmen vergeben wurde. Dadurch konnten sich mehrere Kandidatinnen und Kandidaten von hinteren Listenplätzen nach vorne schieben.

Die Erfahrungen mit dem neuen Wahlsystem bei den Bürgerschaftswahlen 2011 und 2015 hatten einige Schwächen offengelegt, so dass der Sitzzuteilungsmodus 2019 durch einen Beschluss der Bürgerschaft verändert wurde. So vermittelte das alte System den Wählern den (falschen) Eindruck, dass die Personen mit der höchsten Personenstimmzahl die Personenstimmenmandate erhielten. Tatsächlich aber verdankten die meisten, die für eine Partei kandidierten und ein Personenstimmenmandat erhalten, dieses gar nicht in erster Linie den für sie persönlich abgegebenen Stimmen, sondern den Personenstimmen, die für die Spitzenkandidaten, für alle erfolgreichen und für alle nicht erfolgreichen Kandidaten auf einer Liste abgegeben wurden. Dadurch erhöht sich der Anteil der Personenstimmenmandate zu Lasten der Listenstimmenmandate. Dieser Fremdverwertungseffekt von Personenstimmen³ führte dazu, dass Kandidierende mit relativ wenigen Personenstimmen über ein Personenstimmenmandat in die Bürgerschaft einziehen konnten. Im Extremfall konnten für einen bestimmten Kandidaten bzw. eine Kandidatin abgegebene Personenstimmen sogar dazu führen, dass diese ein sonst sicheres Listenmandat verfehlten.

2. Die Entwicklung des Bremer Parteiensystems

Das Bremer Parteiensystem zeichnet sich seit Anfang der 1990er Jahre, als Bremen von einer Ampelkoalition regiert wurde, durch eine volatile Entwicklung aus. Während zwischen 1999 und 2003 nur SPD, CDU und Grüne in Fraktionsstärke im Parlament vertreten waren, kam es ab 2007 mit fünf Parteien, die die Fünfprozenthürde übersprangen, zu einer deutlichen Fragmentierung des Parteiensystems. Außerdem erlangten sowohl die DVU als auch die Wählervereinigung Bürger in Wut (BIW) über den Wahlbereich Bremer-

3 Vgl. *Valentin Schröder*, Fremdverwertung und Personenstimmenparadox: Negatives Stimmgewicht im Bremer und Hamburger Bürgerschaftswahlrecht, in: ZParl, 46. Jg. (2015), H. 3, S. 561 – 578.

haben damals jeweils ein Mandat. 2015 stellte dann den vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung dar. Mit sieben Parteien (SPD, CDU, Grüne, Linke, FDP, AfD, BIW) waren so viele Parteien und Wählervereinigungen in der Bürgerschaft vertreten wie in keiner Wahlperiode der letzten Jahrzehnte. Durch Abspaltungen sowie Über- und Austritte ist darüber hinaus die Zusammensetzung der Bürgerschaft heterogener geworden (mit Einzelabgeordneten, die keiner Fraktion oder Gruppe zugeordnet sind).⁴ Auch nach der Bürgerschaftswahl 2019 änderte sich nichts Grundlegendes an dieser Konstellation, zumal die zunächst in Fraktionsstärke gewählte AfD schon nach kurzer Zeit in zwei sich bekämpfende Gruppen zerfiel und ihren Fraktionsstatus einbüßte.

Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass sich die parteipolitische Zusammensetzung des Parlaments in den letzten 23 Jahren mehrfach verändert hat. Es hatte sich zunächst ein Vielparteienparlament mit einer linken Mehrheit herausgebildet, die seit der Bürgerschaftswahl 1995 kontinuierlich gewachsen war (wenngleich Bremen bis 2007 von einer Großen Koalition regiert wurde). Bei der Bürgerschaftswahl 2011 erreichten SPD, Grüne und Linke zusammen sogar einen Stimmenanteil von 66,7 Prozent. Dieser Anteil schrumpfte jedoch 2015 aufgrund erheblicher Verluste von SPD und Grünen auf 57,4 Prozent. Einen tiefen Einschnitt stellte die Bürgerschaftswahl 2019 dar, weil die SPD zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte Bremens nicht stärkste Partei wurde, sondern die CDU. Auch die bis dahin sichere rot-grüne Mehrheit ging verloren, so dass es SPD und Grünen nur mithilfe der Linken gelang, erneut ein Regierungsbündnis auf die Beine zu stellen.⁵ Doch schon bei der Bundestagswahl 2021 zeichnete sich ab, dass die Bremer SPD wieder die Position der stärksten Partei zurückerobern würde.

3. Die politische Ausgangslage 2023

Seit 2019 wird das Bundesland Bremen von einer rot-grün-roten Koalition regiert, weil sich die Grünen gegen eine Koalition mit FDP und CDU entschieden. Dadurch konnte die SPD, trotz ihrer Wahlniederlage, erneut den Senatspräsidenten stellen. Dieser hieß jedoch nicht mehr *Carsten Sieling*, der nicht wieder antrat, sondern *Andreas Bovenschulte*, der in den Vorjahren schon einmal Vorsitzender der SPD-Landesorganisation war.

Die Ausgangskonstellation bei der Bürgerschaftswahl wies vordergründig einige Ähnlichkeiten mit jener im Land Berlin auf, war aber trotzdem ganz anders. Der Unmut über die Verwaltung, über umstrittene Verkehrsversuche, die Zustände an den Schulen und die wahrgenommene Kriminalität waren in Bremen ähnlich ausgeprägt wie in Berlin. Es deutete sich vor diesem Hintergrund an, dass es auch in Bremen bei der Wahlentscheidung in erster Linie um landespolitische Themen gehen würde, nicht um Bundespolitik. Gleichwohl war die Situation in den beiden Stadtstaaten nicht miteinander vergleichbar. Es handelte sich weder um eine Wiederholungswahl noch war der Spitzenkandidat der führenden Regierungspartei so umstritten wie *Franziska Giffey* in Berlin. Im Gegenteil: *Andreas Boven-*

4 Vgl. *Lothar Probst*, Bremische Bürgerschaftswahlen von 1946 bis 2019, a.a.O. (Fn. 1), S. 295 – 318.

5 Vgl. *ders.*, Die Bürgerschaftswahl in Bremen vom 26. Mai 2019: CDU gewinnt, aber Rot-Grün-Rot regiert, in: *ZParl*, 51. Jg. (2020), H. 2, S. 263 – 284.

schulte von der SPD führte die Sympathieskala deutlich an und konnte einen Amtsbonus in die Waagschale werfen.

Kaum im Amt, sah sich die neue linke Dreierkoalition mit den Folgen der Corona-Pandemie konfrontiert, so dass die Bekämpfung der Pandemie die ersten zweieinhalb Jahre im Zentrum der Regierungsarbeit stand. Als Präsident des Senats und Bürgermeister erwies sich *Bovenschulte* als zupackender Manager bei der Krisenbekämpfung und nutzte die Gelegenheit, um Statur zu gewinnen und sich nicht nur in Bremen, sondern auch bundesweit in der medialen Öffentlichkeit einen Namen zu machen. Dabei kamen ihm und der Gesundheitssenatorin *Claudia Bernhard* von der Linken zugute, dass Bremen bundesweit die größten Impferfolge vorweisen konnte und die Folgen der Pandemie relativ glimpflich verliefen, nicht zuletzt, weil das von der Linken geführte Wirtschaftsressort unter *Kristina Vogt* mithilfe des von der Bürgerschaft beschlossenen „Bremen-Fonds zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie“ gezielt Hilfen für die Wirtschaft, das Handwerk und die Kultureinrichtungen zur Verfügung stellen konnte. Es fiel nicht nur in diesem Zusammenhang auf, dass die linke Senatorin eine äußerst pragmatische Wirtschaftspolitik verfolgte, die sich kaum von ihren sozialdemokratischen Vorgängern unterschied und die Nähe zur Handelskammer suchte. Vor diesem Hintergrund konnten sich SPD und Linke in der ersten Phase der Regierungsarbeit besser profilieren als die Grünen, die bei Regierungsantritt den Anspruch erhoben hatten, das Herz der Regierung zu sein. Erst im dritten Jahr konnten sie ihre klimapolitischen Schwerpunkte stärker in die Regierungsarbeit einbringen – gerieten dabei aber mehrfach mit ihren Koalitionspartnern aneinander.

In der Stadtöffentlichkeit entstand der Eindruck, dass die Grünen die „Störenfriede“ innerhalb der Koalition seien, die mit ihrer Politik „gegen das Auto“ und überzogenen klimapolitischen Forderungen die Bürgerinnen und Bürger verschreckten. Während die CDU noch zu Beginn der neuen Wahlperiode die Grünen als potenziellen Partner umworben und die Einsetzung einer Klima-Enquete-Kommission angeregt hatte, vollzog sie im Laufe der Jahre einen Strategiewechsel und attackierte die „verfehlte Politik“ der Grünen, insbesondere die der Umwelt-, Bau- und Verkehrsministerin *Maike Schaefer*. Vor allem die Verkehrsversuche der Senatorin in der Martinistraße, ihre Positionierung bei der Auseinandersetzung um die Innenstadtentwicklung und beim Bau von Radpremiumrouten zulasten der Verkehrsfläche für Autos entpuppten sich als öffentliche Streitthemen, die den Eindruck einer inkompetenten und überforderten Senatorin hinterließen. Als ein politisches Eigentor erwies sich auch der Versuch von Teilen der Parteispitze, die Umwandlung des Bremer Passagierflughafens in einen reinen Werkstattflughafen im Wahlprogramm unterzubringen. Dass der Antrag bei der Parteibasis durchfiel und keine Mehrheit bekam, wirkte wie eine Ohrfeige für die Parteispitze. Erschwerend kam hinzu, dass das Ressort der Senatorin sich mit verschiedenen Bürgerinitiativen angelegt hatte, die ihr u.a. eine verfehlte Umwelt- und Verkehrspolitik vorwarfen. Gleichwohl konnten die Grünen bei der Umsetzung der Vorschläge der von der CDU angeregten und dann von der Bürgerschaft eingesetzten Klima-Enquete-Kommission zahlreiche klimapolitische Vorhaben durchsetzen. Auch am Beschluss des Senats, einen kreditfinanzierten Klimafonds mit zweieinhalb Milliarden Euro auf den Weg zu bringen, hatten die Grünen einen erheblichen Anteil, wenngleich sie bei beiden Koalitionspartnern damit offene Türen einrannten. Zugute konnten sich die Grünen außerdem halten, dass Bremen bei einer Umfrage des Allgemeinen Deutschen Fahrrad Clubs (ADFC) den ersten Platz als fahrradfreundlichste Großstadt über 500.000 Einwohner belegte.

In der Endphase der vergangenen Wahlperiode nahmen die Konflikte zwischen den drei Koalitionsparteien jedoch zu. Mehrfach grenzten sich sowohl SPD als auch Linke von den Grünen ab. Die SPD unter Senatspräsident *Bovenschulte* machte deutlich, dass eine Politik gegen das Auto mit ihr nicht möglich ist. Die Linke wiederum war des Öfteren auf Distanz zu den Grünen gegangen – u.a. als sie den Schulterchluss mit der Bürgerinitiative zur Erhaltung von Platanen im Bremer Stadtteil Neustadt suchte oder auch bei der öffentlichen Ablehnung des grünen Vorschlags, den Bremer Flughafen zu schließen und in einen Werkstattflughafen umzuwandeln. Die Linke, das machte sie deutlich, würde am liebsten mit der SPD allein regieren, mit der sie in vielen Fragen mehr Schnittmengen hat als mit den Grünen.

Die Oppositionsparteien CDU und FDP hatten zwar im Laufe der Wahlperiode den Senat oft auf den gleichen Politikfeldern angegriffen, wiesen aber ansonsten kaum gemeinsame Berührungspunkte auf. Während die CDU mit ihrem Vorschlag zur Einrichtung einer Klima-Enquete-Kommission einen Coup landete, blieb die FDP-Opposition relativ blass. Der Strategiewechsel, den die CDU in der zweiten Hälfte der Amtszeit der Regierung vollzog, dürfte vor allem daran gelegen haben, dass sie keine Chancen für ein schwarz-grünes Bündnis in Bremen sah. Die einzig realistische Möglichkeit, wieder an einer Regierung in Bremen beteiligt zu werden, war für die CDU eine Koalition mit der SPD – möglichst natürlich als Senior- und nicht als Juniorpartner.

Tabelle 1: Umfragen vor der Bürgerschaftswahl

Institut	Auftraggeber	Datum	SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke	AfD*	BTW	Sonstige
infratest dimap	Weser-Kurier	Mai 2022	30	22	21	6	8	6	–	7
infratest dimap	Weser-Kurier	März 2023	28	27	19	4	8	7	–	7
infratest dimap	Radio Bremen / Nordsee-Zeitung	April 2023*	31	28	17	6	7	–	6	5
Forschungsgruppe Wahlen I	Politbarometer ZDF	Mai 2023	30	27	13	6	9	–	9	6
infratest dimap	ARD-Deutschlandtrend	Mai 2023	30	27	13	6	10	–	9	5
Forschungsgruppe Wahlen II	Politbarometer ZDF	Mai 2023	29	26	13	6	11	–	10	5

* Der Landeswahlausschuss hatte die AfD im April nicht zur Wahl zugelassen.

Quelle: wahlrecht.de.

Ein Totalausfall als Oppositionspartei war die AfD, die schon kurz nach der Bürgerschaftswahl in einem Akt der Selbsterstörung auseinanderfiel. Seitdem bekämpften sich zwei Gruppierungen, die beide vor der Wahl beanspruchten, die AfD zu vertreten. Vor diesem Hintergrund lassen sich auch die Ergebnisse der Umfragen interpretieren und einordnen, die im Mai letzten Jahres sowie Anfang März, im April und Mai 2023 veröffentlicht wurden (siehe Tabelle 1).

Aufschlussreich sind vor allem die Verschiebungen zwischen den verschiedenen Umfragen. Am auffälligsten ist, dass die CDU zwischen Mai 2022 und März 2023 wieder zur SPD aufschließen und sich zum Zeitpunkt der letzten Umfragen zumindest in Schlagdistanz zur SPD halten konnte. Für die CDU schien sich insofern der Strategiewechsel, weg von einem Liebäugeln mit den Grünen und hin zu den klassischen Themen der CDU wie Innere Sicherheit und Wirtschaft, bezahlt gemacht zu haben. Gleichzeitig machte sie mit *Wiebke Winter*, Vorstandsmitglied der Klima-Union, im Tandem mit dem Spitzenkandidaten *Frank Imhoff* auch ein Angebot an ökologisch orientierte Wählerinnen und Wähler. Außerdem ließ die CDU keine Gelegenheit aus, um die von den Sozialdemokraten seit Jahrzehnten verantwortete Bildungspolitik mit ihren schlechten Ergebnissen bei Vergleichstest anzugreifen. Die SPD konnte auf jeden Fall, das zeigte auch der Vergleich mit dem Herausforderer von der CDU, mit ihrem Bürgermeister punkten, der nicht nur vielen bekannt, sondern darüber hinaus auch sehr beliebt ist. Im Mai letzten Jahres waren in der o.a. Umfrage 72 Prozent aller Befragten mit seiner Amtsführung zufrieden. Mit 70 Prozent in der Umfrage im März 2023 hatte sich an dieser Zufriedenheit kaum etwas verändert.⁶ Beide Werte zählen zu den höchsten, die für die Arbeit der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten in den Bundesländern gemessen wurden. Verändert hat sich allerdings die Zufriedenheit mit der Regierung und hier vor allem mit den Grünen. Während sich im Mai letzten Jahres noch 56 Prozent mit der Arbeit des Senats zufrieden zeigten, schrumpfte dieser Wert auf 46 bzw. 42 Prozent in den letzten Umfragen. Interessant ist auch, welche Bereiche der Regierungsarbeit besonders schlecht bewertet wurden. Zu den Schlusslichtern gehörten in der Umfrage des Weser Kuriers vom März 2023 die Politikfelder Stadtentwicklung, Verkehr, Wohnungs- und Mietpolitik, Kriminalitätsbekämpfung sowie Schul- und Bildungspolitik.

Bei der Frage nach der Bewertung der Arbeit der Parteien in Senat und Bürgerschaft fällt ins Auge, dass die Grünen mit Abstand am schlechtesten abschnitten (26 Prozent für die Grünen, 45 Prozent für die SPD und 37 Prozent für die Linke). Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Frage nach der Zufriedenheit mit den Mitgliedern des Senats. 55 Prozent der Befragten waren mit der Arbeit von *Maike Schaefer* von den Grünen, die das Umwelt-, Bau- und Verkehrsressort verantwortete, nicht zufrieden. Das ist mit Abstand die schlechteste Bewertung unter allen Senatsmitgliedern. Die Werte für die beiden Senatorinnen der Linken waren mit 22 (*Claudia Bernhard*) und 23 Prozent (*Kristina Vogt*) weniger als halb so negativ.⁷ Eine interessante Fußnote ergibt sich noch aus der Tatsache, dass die AfD nicht zur Wahl zugelassen wurde. Schon in der Vergangenheit hatte die lokale Wählervereinigung Bürger in Wut (BIW) in Bremerhaven um ähnliche Wählerschichten mit der AfD konkur-

6 Vgl. infratest dimap, Bremen Trend März 2023, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/bremen/laendertrend/2023/maerz/> (Abruf am 22. April 2023).

7 Alle Angaben ebenda.

riert und mit ihrem auf Kriminalitätsbekämpfung fokussierten Wahlkampf jeweils ein Bürgerschaftsmandat im Wahlbereich Bremerhaven errungen. Sie machte sich, wie die letzte Umfrage von Radio Bremen und Nordseezeitung zeigte, berechtigte Hoffnungen, ein Teil des Wählerpotenzials der AfD zu beerben und zum ersten Mal auch im Wahlbereich Bremen und damit im gesamten Bundesland über die Fünfprozenthürde zu springen.

4. Der Wahlkampf

Aufgrund des Wahltermins kurz nach den Osterferien war der Wahlkampf relativ kurz und verlief ohne größere Höhepunkte und Zuspitzungen. Vor allem drei Themen dominierten: Bildung, Innere Sicherheit und Verkehr. Umstritten war auch das Thema Fachkräftemangel, weil die Regierungsfractionen noch vor der Wahl einen umlagefinanzierten Ausbildungsunterstützungsfonds, mit dem der Senat perspektivisch neue Ausbildungsplätze schaffen wollte, ins Leben gerufen hatten. Das Vorhaben stieß jedoch aufgrund der zusätzlichen finanziellen Belastung der Betriebe nicht nur in der Opposition, sondern vor allem auch im Handel und Handwerk auf massiven Widerstand. Zudem wurde der vom Senat beschlossene Klimafonds während des Wahlkampfes kontrovers diskutiert. Der Senat reklamierte, dass dieser Fonds, der mit zweieinhalb Milliarden Euro kreditfinanziert werden soll, einen Ausnahmetatbestand von der Schuldenbremse rechtfertigte. Die Opposition sah darin jedoch ein Aufweichen der Schuldenbremse.

Die SPD setzte ganz und gar auf ihren Spitzenkandidaten – *Andreas Bovenschulte*.⁸ Mit der Ausarbeitung und Umsetzung der Wahlkampagne wurde eine Arbeitsgemeinschaft aus der Agentur ask.berlin und der Hamburger PR-Agentur Pahnke beauftragt. Die Kampagne sollte auf drei Hauptzielgruppen ausgerichtet werden: die abhängig Beschäftigten, die ältere Generation und die bürgerliche Mitte. Dieser Orientierung entsprachen die drei zentralen Slogans „Gute Arbeit, gute Wirtschaft“, „Soziale Sicherheit und Respekt“ sowie „Gut und sicher leben“.⁹ Mit diesem Dreiklang positionierte sich die SPD ausdrücklich als politische Kraft der Mitte. Ihre Wahlkampagne sollte nicht polarisieren, sondern zusammenführen. Dafür stand insbesondere der Spitzenkandidat. Unterstützung erhielt die SPD auch von der Bundesprominenz. Bundeskanzler *Olaf Scholz*, der Co-Vorsitzende *Lars Klingbeil*, Arbeitsminister *Hubertus Heil* und andere prominente Bundespolitiker traten im Wahlkampf auf.

Inhaltlich bestritt die SPD den Wahlkampf mit dem „Zukunftsprogramm für Bremen“.¹⁰ Arbeit und Wirtschaft, sozialer Zusammenhalt, Innovation und digitaler Fortschritt sowie Sauberkeit und Sicherheit stellten Schlüsselbegriffe des Programms dar und wurden in vier Zukunftsdialogen mit dem Bürgermeister in den Wahlkampf eingebracht. Bildung rückten die Sozialdemokraten angesichts ihrer mangelnden Erfolge bewusst nach hinten, weil sie darin kein Gewinnerthema sahen. Vergleichsweise umfangreich wurden dagegen die Themen „Solidarische Gesellschaft - sozialer Zusammenhalt“ sowie „Gesund-

8 Vgl. „SPD setzt ganz auf Bovenschulte“, in: *Weser-Kurier* vom 7. November 2022, S. 12.

9 „SPD verteidigt Ausbildungsfonds“, in: *Weser-Kurier* vom 6. Februar 2023, S. 9.

10 Vgl. SPD Bremen, Zukunftsprogramm 2023 – 2027, <https://spd-land-bremen.de/Binaries/Binary8213/SPD-Bremen-Zukunftsprogramm-2023-2027-web-download-final.pdf> (Abruf am 12. Juli 2023).

heit und gute Pflege“ im Zukunftsprogramm behandelt. Dabei standen die Bekämpfung von Ungerechtigkeit und Armut sowie die Förderung von Chancengleichheit, Umverteilung und Teilhabe im Mittelpunkt. Auch Sicherheit und Sauberkeit spielten eine wichtige Rolle. Die SPD kündigte an, den Ordnungsdienst, die Polizei und die Feuerwehr in diesem Bereich personell zu verstärken. Eine weitere Kernthematik war der Klimawandel. Weil der Kampf gegen den Klimawandel fast alle Bereiche des Sozialwesens betreffe, müsse der Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe werden. Vor allem der Umstieg auf eine klimaneutrale Stahlproduktion wurde dabei in den Vordergrund gerückt. Die Gestaltung und Weiterentwicklung der Innenstädte griff die SPD unter dem Programmpunkt „Lebendige Innenstädte in Bremen und Bremerhaven“ auf und legte den Fokus auf die Innenstädte als „Erlebniswelt“. Bezüglich der Schuldenbremse wurde die Möglichkeit angedeutet, diese aus der Landesverfassung unter der Voraussetzung zu streichen, dass der Bund hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften zukünftig stärker besteuert.¹¹

Die Wahlkampfstrategie der CDU, die wesentlich von der Berliner Agentur Römer Wildberger ausgearbeitet wurde, war darauf ausgerichtet, den Spitzenkandidaten der CDU, Bürgerschaftspräsident *Frank Imhoff*, als „Brückenbauer“ und „Menschenfreund“ darzustellen.¹² Außerdem wurde ihm mit *Wiebke Winter* eine „junge Senkrechtstarterin der Bundes-CDU“ an die Seite gestellt, die auch junge und klimabewusste Wählerinnen und Wähler ansprechen sollte. Vor diesem Hintergrund traten beide als „progressives Duo“ im Wahlkampf auf. Die Auseinandersetzung mit den Regierungsparteien sollte vor allem auf den Gebieten Bildung, Wirtschaft, Verkehr, Stadtentwicklung und Innere Sicherheit stattfinden.¹³ Verstärkung von Bundesseite erhofften sich die Christdemokraten durch *Friedrich Merz*, der den Wahlkampf mit einem Auftritt in Bremen unterstützte.

Mit ihrem Wahlprogramm „Connected Cities. Das vernetzte Land“, das als Regierungsprogramm deklariert¹⁴ war, unterstrich die CDU ihren Anspruch auf die Führung des Bundeslandes. Leitgedanke darin war ein ressortübergreifender Ansatz: „Bildung wird ein Schwerpunkt unseres Wahlkampfes sein“, sagte *Frank Imhoff* schon bei seiner Wahl zum Spitzenkandidaten im Mai 2022.¹⁵ In der Wirtschaftspolitik kritisierte die CDU, zusammen mit Vertretern der Wirtschaft, den von der Koalition geplanten Ausbildungsunterstützungsfonds und setzte sich stattdessen für eine abschlussorientierte Qualifizierung von Arbeitslosen ein, um dem Fachkräftemangel entgegenzutreten. Außerdem betonte die CDU, „Klimaschutzpartei“ zu sein.¹⁶ Sie versprach u.a., die Anzahl der Windkraftanlagen zu erhöhen und die energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude, die Wärmeversorgung und die Dekarbonisierung des Stahlwerkes voranzutreiben. Kritisch äußerte sich die Bremer CDU zum kreditfinanzierten Klimafonds. Stattdessen forderte sie alternative Finanzierungsansätze wie die Umschichtung im regulären Haushalt oder eine privatwirt-

11 Vgl. *Julian Okrongli*, „Bürgerschaftswahl in Bremen“, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.), *Luxemburg Report 3/2023*, Ländersache „Zur Wahl in Bremen“, https://www.rosalux.de/fileadmin/images/publikationen/luxemburg_beaetraege/luxemburgReport_Bremen_web.pdf (Abruf am 12. Juli 2023).

12 „CDU setzt auf die Doppelspitze“, in: *Weser-Kurier* vom 31. Oktober 2022, S. 9.

13 Vgl. ebenda.

14 „CDU macht Bildung zum Topthema“, in: *Weser-Kurier* vom 21./22. Januar 2023, S. 10.

15 Vgl. <https://www.cdu-bremen.de/news/herausragendes-ergebnis-fuer-spitzenkandidat-imhoff> (Abruf am 22. April 2023).

16 Siehe „CDU macht Bildung zum Topthema“, a.a.O. (Fn. 14).

schaftlich organisierte Klimaanlage der Bremer Aufbau-Bank. Ein weiterer thematischer Schwerpunkt war die Bekämpfung der Kriminalität. Hier setzte sich die CDU für eine technisch und personell deutlich besser ausgestattete Polizei ein.

Die Grünen zielten vor allem auf die ihnen nahestehenden Milieus, die in den Bereichen Klima, Verkehr und Stadtentwicklung die Positionen der Partei stützten und von ihnen in diesen Bereichen weitere Veränderungen erwarteten. Um ihr eigenes ökologisches Profil zu schärfen, nahmen die Grünen eine Polarisierung zu anderen, eher wirtschaftsnahen Milieus in Kauf und grenzten sich zugleich von ihren beiden Koalitionspartnern ab. Ihr Problem war jedoch die extrem schlechte Bewertung ihrer Regierungstätigkeit und die ihrer Spitzenkandidatin *Maïke Schaefer*. Außerdem fand die Wahl zu einem Zeitpunkt statt, an dem die Grünen auf Bundesebene in schwieriges Fahrwasser geraten waren. Gleichwohl erhofften sie sich in Bremen Unterstützung für den eigenen Wahlkampf von *Robert Habeck*, der vor 800 Leuten die von ihm angestrebte Energiewende erklärte. In jedem Fall ließen die Grünen keinen Zweifel daran, dass sie auch nach der Wahl weiter mitregieren wollten – entweder mit der SPD allein oder erneut in einem Linksbündnis.

Inhaltlich stellten sie in ihrem Wahlprogramm „Zukunft möglich machen“ ein klares Bekenntnis zu einem konsequentem Klimaschutz in den Mittelpunkt. Bremen, so die Absichtserklärung, solle bis zum Jahr 2038 klimaneutral werden. Ausdrücklich erwähnten die Grünen in diesem Zusammenhang das Stahlwerk von Arcelor Mittal, das mit grünem Wasserstoff versorgt werden soll. Auch in der Automobilbranche wollten sie durch „grüne“ Gewerbegebiete, klimaneutrale Produktionsprozesse sowie den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur Arbeitsplätze erhalten. Der Bremer Fachkräftemangel stellte einen weiteren Kernpunkt im Wahlprogramm dar: Diesem wollten die Grünen durch eine Ausbildungs-offensive vor allem für die duale Ausbildung und für das Handwerk entgegenwirken. Einen Beitrag gegen den Fachkräftemangel erhoffte sich die Partei außerdem durch die Schaffung von besseren Rahmenbedingungen für eine Erwerbstätigkeit von Alleinerziehenden, z.B. durch maßgeschneiderte Ausbildungskonzepte. Zudem sollte die Einführung eines Klimabonus für Empfänger von Transferleistungen höhere Kosten einer Unterkunft abdecken, sofern diese energetischen Standards entspreche. Ein Kernpunkt des Programms war die Entwicklung der Innenstadt, die zeitnah autofrei werden soll.

Die Wahlkampfstrategie der Linken zielte darauf ab, sich vom Bundestrend der Partei abzukoppeln und einen eigenen Landeswahlkampf zu führen. Im Unterschied zu den Grünen wurde die Arbeit ihrer beiden Senatorinnen im Senat besser bewertet. Außerdem hatte die Linke während der Wahlperiode und im Wahlkampf auf eine Polarisierung verzichtet. Ganz im Gegenteil, ihre Wirtschaftssenatorin *Kristina Vogt* suchte den Dialog mit der Wirtschaft und der Handelskammer und erwarb sich den Ruf einer umgänglichen und pragmatischen Politikerin. Außerdem setzte sich die Linke von den Grünen ab, indem sie sich als Partei der wirtschaftlichen Vernunft präsentierte.¹⁷ Als die grüne Parteispitze den Vorstoß unternahm, den Bremer Passagierflughafen zu schließen, veröffentlichte die Linke prompt eine Presse-Erklärung, in der sie dieses Vorhaben kritisierte.¹⁸ Klimapolitisch richtig sei

17 Nur mit ihrem offensiven Werben für einen Ausbildungsunterstützungsfonds hat sich die Linke bei Wirtschaft und Handwerk nicht gerade beliebt gemacht.

18 Vgl. „Landesparteitag der LINKEN beschließt Wahlprogramm“, 28. November 2022, <https://www.dielinke-bremen.de/politik/presse/presse-detail/landesparteitag-der-linken-beschliesst-wahlprogramm/> (Abruf am 23. März 2023).

hingegen die Förderung einer schrittweisen Reduzierung von Kurzstreckenflügen im Rahmen eines bundesweiten Konzeptes. So wie die Grünen brachte sich auch die Linke für ein Weiterregieren in der bisherigen Koalition ins Spiel. Inhaltlich stellte sie die soziale und ökologische Gestaltung der Hansestadt in den Mittelpunkt ihres Wahlprogramms und warb mit dem Slogan „Das neue Rot“, um sich damit von der SPD abzugrenzen.¹⁹ Sie sprach sich im Wahlkampf für eigene Entlastungsprogramme auf Landesebene, einen kostenlosen Nahverkehr sowie eine neu gestaltete Qualifizierungs- und Weiterbildungsoffensive zur Bekämpfung des Arbeits- und Fachkräftemangels aus. Zudem trat die Partei dafür ein, die staatliche Steuerung des Wohnungsmarktes durch den Ankauf von weiterem Wohnraum auszuweiten. Auch die Energieversorgung und andere öffentliche Dienstleistungen sollten zurück in die Obhut des Staates. Ein Schlüsselprojekt war die Forderung nach der Einführung eines kostenlosen Nahverkehrs, der durch eine Anhebung der Grundsteuer auf Wohneigentum und der Gewerbesteuer als Beitrag der Unternehmen finanziert werden sollte.²⁰ Die landeseigene Schuldenbremse für die Kommunen Bremen und Bremerhaven wollte die Linke streichen.

Die FPD konzentrierte sich darauf, von der CDU enttäuschte bürgerliche Wählerinnen und Wähler zu umwerben und ihren weithin unbekanntnen neuen Spitzenkandidaten *Thore Schäck* (Wahlkampfslogan auf Plakaten: Who the heck is Thore Schäck?) durch eine Plakatkampagne bekannt zu machen. Außerdem führte sie, wie auf Bundesebene, auch in Bremen vor allem einen Wahlkampf gegen die Grünen und deren Pläne zur Verkehrswende. So bekannte sich die FDP in ihrem Wahlprogramm zum motorisierten Individualverkehr und sah darin eine Art Alleinstellungsmerkmal unter den zur Wahl antretenden Parteien.²¹ Außerdem setzte sie sich für ein leistungsfähigeres Bildungssystem ein, u.a. durch die Wiedereinführung des Sitzenbleibens sowie Benotungen ab Klasse 3. Des Weiteren forderte sie mehr Ganztagschulen und Quartiersbildungszentren. Die Wirtschaft sollte durch eine ressortweite Digitalisierung vorangebracht werden. Dagegen wollten die Liberalen die Sozialwohnungsquote von 30 Prozent bei Neubauten streichen und die Grunderwerbsteuer beim Kauf einer Immobilie bis zu 500.000 € abschaffen.²² In der Endphase des Wahlkampfes setzten sie verstärkt auf das Thema Innere Sicherheit und Kriminalität. Durch mehr Polizei, mehr Sicherheitspersonal in Bussen und Bahnen sowie mehr Personal für Ordnungsdienste sollte das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger gestärkt und der Verwahrlosung des öffentlichen Raumes entgegengetreten werden.²³ Eines der Dilemmata der Liberalen war, dass sie von keiner Partei für das Mitregieren umworben wurden.

Die Wahlkampfstrategie der Wählervereinigung Bürger in Wut (BIW) war darauf ausgerichtet, zum ersten Mal nicht nur im Wahlbereich Bremerhaven, sondern auch im Wahlbereich Bremen die Fünfprozenthürde zu überspringen und in Fraktionsstärke in die Bürgerschaft einzuziehen. Tatsächlich waren die Voraussetzungen für ein Gelingen dieser Strategie bei dieser Wahl besser denn je. Vor allem der Ausschluss der AfD von der Wahl durch den Landeswahlausschuss war eine Chance, einen Teil der AfD-Wählerschaft zu BIW, die eine

19 Vgl. „Linke wollen weiter mitregieren“, in: *Weser-Kurier* vom 28. November 2022, S. 11.

20 Vgl. ebenda.

21 Vgl. „FDP bekennt sich klar zum Auto“, in: *Weser-Kurier* vom 21. Februar 2023, S. 11.

22 Vgl. ebenda.

23 Vgl. „Hauptbahnhof ist auch Thema in Berlin“, in: *Weser-Kurier* vom 28. März 2023, S. 7.

ähnlich rechtspopulistische Agenda wie die AfD verfolgt, rüber zuziehen. Außerdem war der Wahlkampf darauf ausgerichtet, Nichtwählerinnen und Nichtwähler sowie von der CDU und der SPD Enttäuschte zu gewinnen. Hinzu kam, dass BIW in diesem Wahlkampf zum ersten Mal eine Assoziation mit der auf Bundesebene neu gegründeten Partei „Bündnis Deutschland“ (mit der sie nach der Wahl fusionierte) eingegangen war und von dieser großzügig mit finanziellen Ressourcen unterstützt wurde, um einen flächendeckenden Wahlkampf im ganzen Bundesland zu führen.²⁴ Inhaltlich setzte BIW im Wahlkampf vorrangig auf Innere Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung. Sie konnte dabei auf viele Anknüpfungspunkte, u.a. auf die Drogenkriminalität rund um den Hauptbahnhof und an die Berichterstattung über Jugendbanden im ÖPNV, zurückgreifen.

In ihrem Wahlprogramm forderte BIW mehr Härte gegen Straftäter, eine „Null-Toleranz-Strategie gegen Rechtsbrecher“ sowie eine Aufstockung der Vollzugsbeamten auf 3.000 in Bremen und 550 in Bremerhaven. Jugendliche Intensivstraftäter wollte die Wählervereinigung in geschlossenen Heimen unterbringen.²⁵ Außerdem versuchte BIW, sich als Anwalt der Autofahrerinnen und Autofahrer zu profilieren. Sie kritisierte den „unsinnigen Verkehrsversuch“ der grünen Umwelt- und Verkehrssenatorin in einer Hauptverkehrsstraße der Innenstadt und wollte diese wieder vierspurig ausbauen. Des Weiteren kündigte BIW an, in der Bildungspolitik zum gegliederten Schulsystem einschließlich von Förderschulen zurückzukehren.²⁶

Zur Bürgerschaftswahl trat auch eine Reihe von Kleinstparteien an, von denen jedoch keine Aussichten hatte, in die nächste Bürgerschaft einzuziehen.

5. Das Wahlergebnis

Das Wahlergebnis entsprach weitgehend den letzten Umfragen vor der Wahl. Während die SPD, wie erwartet, ihre Stellung als stärkste Partei zurückerobern konnte, stürzten dieses Mal die Grünen ab und verloren fast ein Drittel ihrer vorherigen Wählerschaft. CDU und Linke konnten dagegen ihr Ergebnis der letzten Wahl ungefähr halten, während die FDP mit 5,1 Prozent gerade noch den Einzug in die Bürgerschaft schaffte. Bemerkenswert war vor allem das Ergebnis für BIW, die mit 9,4 Prozent in die Bürgerschaft einzog. Im Wahlbereich Bremerhaven, bereits in den Jahren zuvor ihre Hochburg, konnte die Wählervereinigung sogar 22,7 Prozent erzielen und damit zweitstärkste Partei hinter den Sozialdemokraten werden. Da die AfD, die zwei unterschiedliche Wahllisten von zwei verfeindeten Gruppen aus ihren Reihen eingereicht hatte, aufgrund einer Entscheidung des Landeswahlausschusses nicht zur Wahl zugelassen worden war, zogen fünf Parteien und die BIW als Wählervereinigung in das Landesparlament ein (vgl. Tabelle 2).

Dass die SPD wieder stärkste Partei werden würde, hatte sich schon bei der Bundestagswahl 2021 angedeutet, als sich die Sozialdemokraten mit 31,5 Prozent von der CDU mit nur 17,2 Prozent absetzen konnten. Außerdem sprachen die stabilen Umfragewerte vor der Wahl für die SPD, nicht zuletzt aufgrund der überragenden Bedeutung ihres Spitzenkan-

24 Vgl. „Rechts, aber nicht extrem“, in: *Weser-Kurier* vom 30. Dezember 2022, S. 11.

25 Vgl. „Mehr Härte gegen Straftäter gefordert“, in: *Weser-Kurier* vom 17. März 2023, S. 9.

26 Vgl. ebenda.

didaten und Präsidenten des Senats, *Andreas Bovenschulte*. Beim Vergleich zwischen dem Amtsinhaber und seinem Herausforderer von der CDU *Frank Imhoff* lag *Bovenschulte* mit 60 zu 23 Prozent in Führung; auch die Zufriedenheit mit seiner Arbeit war mit 76 Prozent sehr hoch. Dies drückt sich u.a. in den 141.199 Personenstimmen aus, die er erhielt. Dass die CDU dennoch in Schlagdistanz zu den Sozialdemokraten blieb und mit 26,2 Prozent nur 3,6 Punkte hinter der SPD landete, lag daran, dass die Wählerinnen und Wähler nicht nur eine Personen-, sondern auch eine Parteienwahl getroffen haben.

Vielen war durchaus bewusst, dass die SPD u.a. für die schlechten Ergebnisse in der Bildungspolitik die Verantwortung trägt. Verlierer der Wahl waren die Grünen, die eines der schlechtesten Ergebnisse ihrer letzten zwanzig Jahre einfuhren. Sie konnten auf breiter Linie mit ihrer in der vergangenen Wahlperiode verfolgten Politik nicht überzeugen. In den ersten zweieinhalb Jahren, in denen die Bekämpfung der Corona-Pandemie im Zentrum der Regierungsarbeit stand, hatten sie mit ihren Themen und Ressorts das Nachsehen bei der öffentlichen Aufmerksamkeit. Erst in der zweiten Hälfte der Wahlperiode konnten die Grünen ihre Themen stärken in die Regierungsarbeit einbringen. Allerdings trugen ihre klimapolitisch ambitionierten Ansätze, insbesondere in der Verkehrspolitik, dazu bei, die städtische Öffentlichkeit zu polarisieren. Zugleich haben es das ebenfalls von den Grünen geführte Finanzressort sowie das Ressort für Soziales, Jugend und Sport nicht vermocht, entscheidend zum öffentlich wahrgenommenen Profil der Partei beizutragen. Stattdessen fokussierte sich die öffentliche Aufmerksamkeit ganz auf das Umwelt-, Bau- und Verkehrsressort, in dem sich alle wesentlichen klimapolitischen Maßnahmen konzentrierten. Insbesondere die umstrittenen Modellversuche in der Verkehrspolitik vermittelten den Eindruck, dass das Mobilitätsressort sein Metier nicht beherrschte. Die Entscheidung der zuständigen Senatorin von den Grünen, kurz vor der Wahl auch noch die sogenannte „Brötchentaste“ (ein für 20 Minuten kostenfreies Ticket an den Parkautomaten, um z.B. schnell beim Bäcker ein paar Brötchen einzukaufen) abzuschaffen, brachte das Fass zum Überlaufen und zog die Grünen in der Endphase des Wahlkampfes noch weiter nach unten. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass sie sowohl an die SPD, an die Linke als auch an die CDU Stimmen verloren haben. Vor allem bei den Frauen, sonst eine sichere Bank für die Grünen, fielen die Verluste mit sieben Prozentpunkten sehr hoch aus. Frauen wechselten verstärkt zur Linkspartei, deren Spitzenkandidatin deutlich besser bewertet wurde als die der Grünen.

Die FDP konnte sich dank eines offensiven Wahlkampfes, der sich vor allem gegen die Grünen und deren Verkehrspolitik richtete, damit trösten, gerade noch den Sprung in die Bürgerschaft geschafft zu haben. Dass die Wählervereinigung BIW triumphieren würde, war zu erwarten gewesen. Sie hatte ihren Wahlkampf auf das Thema Kriminalitätsbekämpfung konzentriert und war mit einem Stimmungswahlkampf, der an rechtspopulistische Argumentationsmuster erinnerte, auf Stimmenfang gegangen. Sie profitierte einerseits vom Ausschluss der AfD von der Wahl, so dass ein Teil der Wählerschaft der AfD zu BIW wechselte, konnte aber auch Nichtwähler sowie Wechselwähler gewinnen. Neben ca. 7.000 Wählerinnen und Wähler, die von der AfD wechselten, gaben u.a. ca. 3.000 ehemalige CDU- und 2.000 ehemalige SPD-Anhänger BIW ihre Stimme. Die großzügige Finanzspritze für den Wahlkampf der Wählervereinigung durch die neue deutschlandweite Partei „Bündnis Deutschland“ in Höhe von 400.000 Euro trug des Weiteren zum Wahlerfolg bei. Sie ermöglichte es BIW zu ersten Mal, einen flächendeckenden landesweiten Wahlkampf mit Wahlplakaten und Hauswurfsendungen zu führen. Einmal mehr entpuppte sich der

Tabelle 2: Ergebnis der Bürgerschaftswahl in Bremen am 14. Mai 2023 im Vergleich zur Bürgerschaftswahl 2019 (Stimmenergebnis und Sitzverteilung)

	Bürgerschaftswahl 2023			Bürgerschaftswahl 2019	
	Anzahl*	%	Sitze**	%	Sitze
Wahlberechtigte	460.754				
Wähler/Wahlbeteiligung	261.788	56,8	87	64,1	84
Gültige Stimmen	297.553				
SPD	376.007	29,8	27	24,9	23
CDU	330.791	26,2	24	26,7	24
Grüne	150.047	11,9	11	17,4	16
Linke	137.449	10,9	10	11,3	10
FDP	64.055	5,1	5	5,9	5
AfD	–	–	–	6,1	5
BIW	118.527	9,4	10	2,4	1
Piraten	2.172	0,2	–	1,0	–
Die Partei	12.040	1,0	–	1,7	–
Die Tierschutzpartei	13.793	1,1	–	–	–
Volt	24.823	2,0	–	–	–
Sonstige	32.197	2,5	–	1,6	–

* Da Bremen ein Mehrstimmenswahlrecht hat, setzt sich die Anzahl der Stimmen aus der Summe der Listen- und Personenstimmen zusammen.

** Aufgrund der unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung in den getrennten Wahlbereichen Bremen und Bremerhaven wurde die Anzahl der Mandate durch eine Wahlrechtsänderung um drei Mandate auf 72 für den Wahlbereich Bremen erhöht (15 wie bisher für den Wahlbereich Bremerhaven).

Quelle: Der Landeswahlleiter Bremen, Statistisches Landesamt Bremen.

Wahlbereich Bremerhaven, wo BIW mit ihrem Kandidaten *Jan Timke* seit 2007 regelmäßig ein Bürgerschaftsmandat erzielt hatte, als Hochburg. *Timke* als Spitzenkandidat von BIW in Bremerhaven erhielt mit 14.167 Personenstimmen dort die mit großem Abstand meisten Stimmen unter allen Kandidatinnen und Kandidaten. Die Seestadt an der Weser leidet nicht nur an Leerstand in der Innenstadt, Bevölkerungsverlust und hoher Arbeitslosigkeit, sondern viele Bewohnerinnen und Bewohner Bremerhavens fühlen sich gegenüber Bremen strukturell vernachlässigt und benachteiligt. Die Wahl von BIW kann vor diesem Hintergrund auch als Denkmittel für die Politiker in Bremen verstanden werden. Auffällig ist in diesem Zusammenhang, dass über soziale und wirtschaftliche sowie generationelle Veränderungen hinweg Bremerhaven seit 1946 immer wieder hohe Wahlerfolge für rechte bzw. rechtskonservative Parteien aufweist. Bei der Bürgerschaftswahl 1951 erreichten rechte Parteien zusammen mehr als 45 Prozent der Stimmen, darunter die rechtskonservative Deutsche Partei allein 26,8 Prozent.

5.1. Die Wahlbeteiligung

Eine Wahlbeteiligung von nur 50,2 Prozent löste bei der Bürgerschaftswahl 2015 bei allen politisch Beteiligten Entsetzen aus. Nur vier Jahre später war von dem Entsetzen nicht mehr viel zu spüren, weil die Wahlbeteiligung um fast 14 Prozent auf 64,1 Prozent gestiegen war. Nach den Erfahrungen der letzten Landtagswahlen in anderen Bundesländern war jedoch damit zu rechnen, dass dieser Wert bei der Bürgerschaftswahl 2023 nicht erreicht werden würde. Tatsächlich sank die Beteiligung von 64,1 Prozent auf 56,8 um gut sieben Punkte. Bremen reihte sich damit in einen erneuten Negativtrend ein, nachdem zwischen 2015 und 2020 bei vielen Landtagswahlen die Beteiligung gestiegen war (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Entwicklung der Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen 2022/23 (in Prozent)

Wahljahr	Bundesland	Ergebnis	Unterschied in %-Punkten zur vorherigen Wahl
2022	Saarland	61,4	-8,3
2022	Schleswig-Holstein	60,3	-3,9
2022	Nordrhein-Westfalen	55,5	-9,7
2023	Niedersachsen	60,3	-2,8
2023	Berlin	63,0	-12,4
2023	Bremen	56,8	-7,3

Quelle: Landeswahlleiter der o.a. Bundesländer

Neben dem Rückgang ist vor allem die Ungleichverteilung in verschiedenen Bremer Stadtteilen ein Problem: Wie schon seit Längerem liegen bei der Wahlbeteiligung die Werte zwischen statushöheren und statusniedrigen Stadtteilen weit auseinander. Im bürgerlichen Ortsteil Schwachhausen mit einer hohen Einkommensdichte, guten Bildungseinrichtungen und geringer Arbeitslosigkeit ist sie mit 80,6 Prozent mehr als doppelt so hoch wie im statusniedrigen Stadtteil Tenever (hoher Anteil von Menschen mit Transfergeldzahlungen, hohe Arbeitslosigkeit und hoher Anteil von nicht wahlberechtigten Migrantinnen und Migranten) mit 32,4 Prozent. Diese Spreizung der Wahlbeteiligung war bereits bei den vorherigen Wahlen stark ausgeprägt und hat sich auch bei dieser Wahl erneut bestätigt.

5.2. Sozialstrukturelle Faktoren des Wahlverhaltens

Bei der Parteienwahl nach Alter (siehe Tabelle 4) konnte die SPD vor allem bei den mittleren Altersjahrgängen und bei Frauen über 60 Jahre zulegen, aber auch in allen anderen Altersgruppen. In der Gruppe der Erstwähler und Erstwählerinnen sowie in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen, beide bisher eine Domäne der Grünen, wurde sie stärkste Partei. Gleichzeitig fallen in diesen Altersgruppen die Verluste der Grünen mit 14 Prozentpunkten am höchsten aus. Sie blieben aber bei den Erstwählern (gleichauf mit der CDU, je 17 Prozent) zweitstärkste Partei hinter der SPD (20 Prozent). Die Linke hat in der Alterskohorte der 16- bis 24-Jährigen mit 18 Prozent mehr Stimmen erhalten als die Grünen. Sowohl SPD (38 Prozent) als auch CDU (31 Prozent) schnitten in den Altersgruppen über

60 Jahre am besten ab. Damit verfestigt sich der Trend, der sich seit Längerem beobachten lässt: Die beiden klassischen Volksparteien werden mehr und mehr zu Parteien der Rentner und Rentnerinnen. Umgekehrt ist es bei der Linken: Sie erfuhr ihre größte Unterstützung in jüngeren Alterskohorten zwischen 16 und 44 Jahren, während der Überraschungssieger BIW vorrangig in den Altersgruppen ab 35 Jahre punkten konnte. Auffällig ist, dass die Grünen auch bei ihrer stärksten Unterstützungsgruppe, den Frauen, dieses Mal einen Einbruch von sieben Prozentpunkten zu verzeichnen haben (siehe Tabelle 4). In der Endphase des Wahlkampfes wechselten Frauen von den Grünen u.a. zur SPD und zur Linken, die mit zwei Senatorinnen zur Wahl antraten, die bei der Bewertung ihrer Arbeit deutlich vor den Grünen und ihrer Senatorin *Maïke Schaefer* lagen. Am schwächsten fiel die Wahlbeteiligung für die Grünen bei den über 60-Jährigen aus, von denen nur sieben Prozent für die Ökopartei votierten. Selbst die Linke konnte hier mit neun Prozent besser abschneiden.

Die starken Verluste für die Grünen schlugen sich auch im Wahlverhalten der hochgebildeten Wählerinnen und Wähler sowie derjenigen Berufsgruppen nieder, bei denen die Grünen bisher am besten abschnitten. So betrug die Verluste bei den Hochgebildeten

Tabelle 4: Wahlentscheidung nach sozialstrukturellen Merkmalen (Zeilenprozente)*

	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	BIW
Gesamt	29,8	26,2	11,9	10,9	5,1	9,4
Geschlecht						
Männlich	28	28	11	10	6	11
Weiblich	31	25	13	11	4	8
Alter						
16 bis 24 Jahre	19	16	16	18	11	7
25 bis 34 Jahre	22	16	19	14	14	7
35 bis 44 Jahre	26	22	18	10	6	10
45 bis 59 Jahre	27	29	12	9	5	12
60 Jahre und älter	38	31	7	9	3	9
Bildung						
Hoch	25	24	17	14	6	6
Mittel	32	31	6	7	5	14
Niedrig	41	25	5	6	3	16
Berufsgruppe						
Arbeiter	30	27	6	9	5	17
Angestellte	27	24	15	10	6	9
Beamte	21	30	19	8	4	7
Selbstständige	36	17	13	13	9	7
Rentner	40	30	6	9	3	10

* Nur in Fraktionsstärke gewählte Parteien.

Quelle: infratest dimap Wahlanalyse Bremen vom 14. Mai 2023 (ARD/infratest dimap Wahltagsbefragung).

und Angestellten sieben Prozentpunkte, bei den Selbstständigen acht Prozentpunkte (siehe Tabelle 4). Die SPD konnte bei den Hochgebildeten, den Arbeitern, Beamten und Angestellten zum Teil deutlich zulegen, während die CDU vor allem bei den Selbstständigen einen erheblichen Zuwachs (von elf Prozentpunkten) verbuchen konnte. Umgekehrt hat die FDP, ausgehend von einem niedrigen Niveau, bei den Selbstständigen am meisten Stimmen eingebüßt (minus sechs Punkte). BIW hat erwartungsgemäß in allen Alterskohorten zulegen können, vor allem aber bei Arbeiterinnen und Arbeitern sowie bei Menschen mit niedrigerer und mittlerer Bildung. Die Linke konnte außerdem einen leichten Anstieg bei den Selbstständigen verzeichnen.

Bei der sozialräumlichen Betrachtung des Wahlverhaltens fällt auf, dass die CDU in den ländlich und bürgerlich geprägten Stadtteilen Seehausen, Strom, Blockland, Oberneuland, Borgfeld, Horn-Lehe und Schwachhausen dominierte, während die SPD vor allem die älteren Arbeiterviertel im Bremer Westen einschließlich Findorff und den Bremer Süden mit Obervielnd, Hemelingen, Huchting und Osterholz sowie Woltmershausen und die Neustadt für sich gewinnen konnte. In der östlichen Vorstadt, bisher eine Hochburg der Grünen, schob sich die Linke hinter der SPD noch auf den zweiten Platz vor die Ökopartei.

5.3. Wahlmotive und Parteikompetenzen

Die Wählerinnen und Wähler orientieren sich bei ihrer Entscheidung zwar an Sachfragen, gleichzeitig spielt jedoch die Frage, welcher Spitzenkandidat bzw. welche Spitzenkandidatin am meisten überzeugen kann, eine wichtige Rolle. In diesem Zusammenhang war vor allem die herausragende Rolle des SPD-Spitzenkandidaten *Andreas Bovenschulte* mit einem Kandidatenfaktor von 36 Prozent mitentscheidend für den Wahlausgang.²⁷ Mit Hilfe seiner Popularität und Beliebtheit gelang es den Sozialdemokraten, das Vertrauen der Wählerschaft zurückzugewinnen und wieder stärkste Kraft in der Bürgerschaft zu werden. Mit seiner Arbeit waren 76 Prozent zufrieden, mit der seines Konkurrenten *Imhoff* lediglich halb so viele; für *Bovenschulte* hätten sich im Falle einer Direktwahl 60 Prozent entschieden, für *Imhoff* nur 23²⁸; und 32 Prozent derjenigen, die SPD wählten, gaben an, dies ohne *Andreas Bovenschulte* nicht getan zu haben.²⁹

Die Bürgerschaftswahl war trotz der Dominanz des SPD-Spitzenkandidaten gleichwohl auch eine Parteienwahl, bei der die Sachkompetenz der Parteien gewertet wurde. Dabei waren aus Sicht der Wählerschaft Bildung, Sicherheit und Ordnung und mit etwas Abstand Klima und Verkehr die wichtigsten Themen. Die CDU konnte vor allem mit der ihr zugeschriebenen Kompetenzen in der Bildungspolitik sowie bei der Kriminalitätsbekämpfung überzeugen. Auf diesen Gebieten lagen ihre Werte zum Teil deutlich über denen der SPD. CDU und FDP warben im Wahlkampf u.a. mit der Wiedereinführung von Schulnoten ab Klasse 3, eine Forderung, die selbst von zwei Dritteln der SPD-Wählerinnen und -Wähler

27 Siehe infratest dimap Wahlanalyse Bremen vom 14. Mai 2023 (ARD/infratest dimap Wahltagsbefragung).

28 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Kurzwahlanalyse der Bürgerschaftswahl in Bremen vom 14. Mai 2023.

29 Vgl. ebenda.

geteilt wurde. Auch die Lösungskompetenz der SPD bei den sozialen Problemen im Land Bremen liegt erheblich über der der CDU.

*Tabelle 5: Den Parteien zugeschriebene Kompetenz auf verschiedenen Politikfeldern (Angaben in Prozent)**

Welche Partei löst die Probleme am besten...	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	BIW
Bildung/Schule	22	28	7	9	6	3
Verkehr	22	23	15	4	8	3
Haushalt/Finanzen	26	27	7	5	11	3
Innere Sicherheit	28	32	2	4	3	7
Soziale Gerechtigkeit	33	12	5	22	3	3
Wirtschaft	25	32	4	7	10	2
Arbeitsplätze	32	26	4	8	7	2
Klima/Umwelt	17	13	37	5	2	2

Quelle: infratest dimap Wahlanalyse Bremen vom 14. Mai 2015 (ARD/infratest dimap Wahltagsbefragung).

Für die Grünen stellte sich als Problem dar, dass die Klimapolitik im Verhältnis zu Bildung sowie Sicherheit und Ordnung nur eine nachgeordnete Rolle spielte, so dass die ihnen zugesprochene Kompetenz auf diesem Gebiet nicht so stark ins Gewicht fiel. Außerdem konnten sie mit ihrer Kompetenz auf dem Gebiet der Verkehrspolitik nicht so punkten, wie es ihrem eigenen Selbstverständnis entsprach. In vielen anderen Bereichen lagen sie sogar hinter den Werten der Linken, deren Kompetenz auf dem Gebiet der sozialen Gerechtigkeit mit 22 Prozent besonders hervorsteht (vgl. alle Werte Tabelle 5).

6. Regierungsbildung

Die SPD hatte als Wahlsieger bei den möglichen Bündnisoptionen freie Hand: Sowohl eine Große Koalition als auch eine Fortsetzung der bisherigen rot-grün-roten Koalition war möglich. Ein Jamaika-Bündnis aus CDU, FDP und Grünen, das nach der letzten Wahl denkbar gewesen wäre, stand weder zur Diskussion noch wäre es arithmetisch möglich gewesen. Im Vorfeld der Wahl war zwar schon erkennbar, dass die SPD eine Fortsetzung der bisherigen Koalition präferierte, gleichwohl führte sie zunächst Sondierungsgespräche mit den Grünen, danach mit der Linken und abschließend mit der CDU. Bereits nach den ersten Gesprächen, die schon wenige Tage nach der Wahl stattfanden, bestätigte sich, dass die Sozialdemokraten die Zusammenarbeit mit Bündnis 90/Die Grünen und der Linken fortführen wollten. Als Anfang Juni 2023 die Koalitionsverhandlungen der drei Parteien begannen, hatte man absolute Verschwiegenheit untereinander verabredet.³⁰ Zunächst

30 Vgl. Jürgen Theiner, Rot-Grün-Rot setzt auf Abschottung, in: Weser-Kurier vom 2. Juni 2023, S. 9.

wurden 22 kleine Facharbeitsgruppen zu einzelnen Themen wie Wirtschaft, Bildung und Verkehr gebildet, die entsprechende Arbeitspapiere an die große Runde der drei Verhandlungsdelegationen liefern sollten. Es war der eigene Anspruch, nicht nur bis Ende Juni die Koalitionsgespräche abzuschließen, sondern auch ein möglichst pragmatisches Regierungsprogramm für die nächsten vier Jahre zu erstellen und Konsequenzen aus der letzten Wahlperiode zu ziehen. In der Zwischenzeit waren bei den Grünen bereits die ersten Konsequenzen gezogen worden. Die Spitzenkandidatin und bisherigen Senatorin für Umwelt, Klima, Bau, Verkehr und Stadtentwicklung, *Maike Schaefer*, erklärte nach der Wahlniederlage der Grünen ihren Rücktritt.³¹ Auch die Parteispitze um *Alexandra Werwath* und *Florian Pfeffer* kündigte ihren Rückzug für Herbst dieses Jahres an.³² Außerdem legte noch die Parlamentsvizepräsidentin der Grünen, *Sülmez Colak* aus Bremerhaven, am 19. Mai 2023 überraschend ihr Amt nieder und verkündete ihren Austritt aus der Partei. Sie begründete diesen Schritt damit, dass die Grünen in Bremen den Kontakt zu den Menschen verloren hätten und vieles mit der Brechstange durchzusetzen versuchten. Das Mandat will sie gleichwohl als fraktionslose Abgeordnete behalten.

Tatsächlich drang aus den Koalitionsgesprächen wenig nach außen, vor allem nicht die zukünftige Ressortverteilung. Klar war nur, dass die Grünen von ihren bisherigen drei Senatsposten einen an die SPD verlieren würden. Am 22. Juni 2023 berichtete der *Weser-Kurier*, dass die Gespräche kurz vor dem Abschluss stünden und es vor allem noch ungeklärte Personalfragen gäbe.³³ Auch die bisher von den Grünen verantwortete Verkehrspolitik, die zukünftig an die SPD fallen würde, wäre, so der Bericht, noch umstritten. Nach einer letzten Runde zwischen den drei Verhandlungsdelegationen stieg dann am Sonntag, den 25. Juni der sprichwörtliche weiße Rauch auf.

Der Koalitionsvertrag trägt den Titel „Veränderung gestalten: sicher, sozial, ökologisch, zukunftsfest“ und umfasst 169 Seiten.³⁴ Damit hat das erneuerte Dreierbündnis den Seitenumfang des letzten Vertrages noch übertroffen. *Andreas Bovenschulte* reklamierte zwar auf dem Landesparteitag der SPD, auf dem der Koalitionsvertrag verabschiedet wurde, dass er eine „klare sozialdemokratische Handschrift“ trage³⁵, aber er hat, trotz der Schwächung der Grünen, auch ein starkes ökologisches Profil, wenngleich man das Wort Verkehrswende darin vergeblich sucht. Da Bremen nach der Lesart der SPD eine „Autostadt“ sei, müsse die Politik dem zukünftig mehr Beachtung schenken. Gleichzeitig sollen Straßen, Brücken und Radwege saniert und das ÖPNV-Netz ausgebaut werden. Großes Gewicht gibt der Vertrag auch dem Bereich Wirtschaft und Häfen. Die Umstellung der Stahlproduktion im Stahlwerk von Arcelor-Mittal auf grünen Wasserstoff ist eines der vorrangigen Projekte in diesem Bereich, mit dem gleichzeitig klimapolitische Ziele erreicht werden sollen. Außerdem soll Geld in die Sanierung von Kajan und Molen sowie den Aufbau eines Energy-Ports in Bremerhaven gesteckt werden. Um die Bildungspolitik voranzubringen, will das Regie-

31 Vgl. *Jürgen Hinrichs*, Umwälzungen bei den Grünen, in: *Weser-Kurier* vom 16. Mai 2023, S. 1.

32 Vgl. *Jürgen Theiner*, Grünen Spitze kündigt Rückzug an, in: *Weser-Kurier* vom 17./18. Mai 2023, S. 7.

33 Vgl. *ders.*, Was bei den Verhandlungen noch offen ist, in: *Weser-Kurier* vom 22. Juni 2023, S. 11.

34 „Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 20. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2019-2023“, https://spd-land-bremen.de/Binaries/Binary_6302/Koalitionsvereinbarung-RGR-2019-2023-mitU-final.pdf (Abruf am 2. Juli 2023).

35 *Frank Hethy*, Kontroverse um die Zukunft der Geno, in: *Weser-Kurier* vom 3. Juli 2023, S. 9.

rungsbündnis „massiv Personal einstellen“, vor allem in Grundschulen und sozial benachteiligten Gebieten. Auch in der Gesundheitspolitik sind Veränderungen geplant. Die Gesundheit Nord (Geno) mit vier Landeskrankenhäusern – ein millionenteures Zuschussgeschäft, das aus Steuergeldern finanziert werden muss – soll durch die Konzentration von Leistungen am neu gebauten Klinikum Mitte auf einen Sanierungspfad gebracht werden. Der Umbau der Geno ist allerdings sowohl bei der SPD als auch bei der Linken umstritten. Des Weiteren ist der Aufbau von Medizinischen Gesundheitszentren in den Stadtteilen vorgesehen. Um den gesetzlichen Vorgaben bei der Kita-Versorgung gerecht zu werden, plant die Koalition eine Aufstockung der Gruppengröße – eine Maßnahme, die gleich nach ihrer Ankündigung Proteste bei Kita-Beschäftigten, Gewerkschaften und Eltern auslöste. Schließlich ist noch eine Aufstockung der Polizei auf eine Sollstärke von 3.000 Beamten beabsichtigt.

Kaum lag der Koalitionsvertrag vor, da meldeten sich aus den Reihen der Opposition schon die Kritiker. Vor allem das finanzielle Volumen der vielen Projekte wurde in Frage gestellt. Die CDU kündigte an, einen Normenkontrollantrag gegen den Nachtragshaushalt 2023 vor dem Staatsgerichtshof auf den Weg zu bringen, weil ihrer Meinung nach das Haushaltsrecht des Parlaments durch die Kreditemächtigungen für den schon in der letzten Wahlperiode verabschiedeten Klimafonds in Höhe von 2,5 Milliarden Euro verletzt werde. Zusammen mit den in der Vergangenheit bereits aufgelaufenen Schulden von ca. 22,5 Milliarden Euro, dem sogenannten Bremen-Fonds mit einer Größenordnung von 1,5 Milliarden Euro, der für die Bekämpfung der Corona-Pandemie aufgelegt wurde, sowie dem Klimafonds und den geplanten Ausgaben aus dem Koalitionsvertrag würde die in der Landesverfassung festgeschriebene Schuldenbremse, so die Argumentation der Opposition, ausgehebelt werden und den zukünftigen Generationen unverhältnismäßige Schulden aufgebürdet.

Für weniger Aufregung, aber eine Überraschung sorgte schließlich noch die neue Ressortaufteilung und deren Besetzung mit zwei bis dahin weitgehend unbekanntem Frauen (siehe Tabelle 6). Das ehemalige von den Grünen geführte Ressort für Umwelt, Klima, Bau, Verkehr und Stadtentwicklung wurde aufgespalten. Die SPD übernimmt ein eigenes Ressort für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, die Grünen stattdessen die Verantwortung für Umwelt, Klima und Wissenschaft. Gleichzeitig wird dem Wirtschaftsressort der Bereich Häfen und dem Ressort Soziales der Bereich Arbeit zugeteilt. Für das Ressort Umwelt, Klima und Wissenschaft nominierten die Grünen *Kathrin Moosdorf*, die bis zu diesem Zeitpunkt Geschäftsführerin des Kinderschutzbundes in Bremen, aber in der Vergangenheit auch als Geschäftsführerin des NABU und als Vorsitzende der deutschen Pfadfinderinnen tätig gewesen ist. Die SPD musste aufgrund der Quotierung ihrer Sitze im Senat eine Frau für das neu eingerichtete Ressort Bau, Verkehr und Stadtentwicklung finden, obwohl mit *Falk Wagner*, Abgeordneter der Bürgerschaft und Unterbezirkvorsitzender in Bremen-Stadt, ein ausgewiesener Fachmann für diesen Bereich zur Verfügung gestanden hätte. Zur Überraschung der Bremer Öffentlichkeit nominierte die SPD *Özlem Ünsal*, die bis 2022 im Kieler Landtag für die SPD-Fraktion Sprecherin für den Bereich Wohnungs- und Städtebau war.

Gespannt durfte man sein, wie die Koalitionsparteien sowie CDU und FDP auf der konstituierenden Sitzung der Bürgerschaft am 29. Juni 2023 bei der Besetzung von Ausschüssen und deren Vorsitz mit der Konkurrenz von BIW verfahren würden. Mit der Begründung, dass BIW nicht eindeutig zum demokratischen Spektrum gezählt werden

<i>Tabelle 6: Mitglieder des Senats der Freien Hansestadt Bremen in der 20. Wahlperiode</i>		
Bürgermeister und Präsident des Senats, Senator für Kultur, Senator für Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften	<i>Andreas Bovenschulte</i>	(SPD)
Senator für Inneres und Sport	<i>Ulrich Mäurer</i>	(SPD)
Senatorin für Kinder und Bildung	<i>Sascha Aulepp</i>	(SPD)
Senatorin für Soziales und Arbeit, Justiz und Verfassung	<i>Claudia Schilling</i>	(SPD)
Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung	<i>Özlem Ünsal</i>	(SPD)
Bürgermeisterin und Senatorin für Umwelt, Klima, Wissenschaft	<i>Kathrin Moosdorf</i>	(Bündnis 90/Die Grünen)
Senator für Finanzen	<i>Björn Fecker</i>	(Bündnis 90/Die Grünen)
Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation	<i>Kristina Vogt</i>	(Die Linke)
Senatorin Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz	<i>Claudia Bernhard</i>	(Die Linke)
Bevollmächtigter der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa / Staatsrat für Bundesangelegenheiten und Europa ¹	<i>Olaf Joachim</i>	(SPD)
Quelle: Pressestelle des Senats der Freien Hansestadt Bremen. ¹ <i>Olaf Joachim</i> ist zwar kein Senator, aber als Bevollmächtigter beim Bund und für Europa im Range eines Staatsrats stimmberechtigtes Mitglied im Senat.		

könne und in ihren Reihen möglicherweise Rechtsextremisten seien, verweigerte eine große Mehrheit der neu gewählten Abgeordneten der Wählervereinigung sowohl einen Sitz im Bürgerschaftsvorstand als auch den Vorsitz von Ausschüssen. Den Schlusspunkt unter die Regierungsbildung setzte die Bürgerschaft am 5. Juli 2023, als sie – nachdem am Wochenende 1./2. Juli 2023 die Mitgliederversammlungen von Grünen und Linken sowie der Landesparteitag der SPD dem Koalitionsvertrag mit großer Mehrheit zugestimmt hatten – den Bremer Senat wählte. *Andreas Bovenschulte* erhielt im ersten Wahlgang sogar 49 Stimmen, zwei Stimmen mehr, als die Koalition über Mandate verfügt. Alle anderen acht Senatorinnen und Senatoren wurde im ersten Wahlgang gewählt.

7. Zusammenfassung

- (1) Der SPD gelang es vor allem dank der Popularität ihres Spitzenkandidaten *Andreas Bovenschulte*, die Position der stärksten Partei bei der Bürgerschaftswahl zurückzuerobern, ohne allerdings mit 29,8 Prozent an frühere Ergebnisse anknüpfen zu können. Während CDU und Linke ihr Ergebnis weitgehend halten konnten, waren die Grünen mit Verlusten über fünf Prozentpunkten die eindeutigen Verlierer der Wahl. Infolgedessen trat die bisherige Senatorin und Spitzenkandidatin *Maike Schaefer* zurück. Zu den Gewinnern konnte sich die Wählervereinigung Bürger in Wut mit 9,4 Prozent

zählen, die Wähler von der nicht zur Wahl zugelassenen AfD, aber auch von CDU und SPD abwerben sowie Nichtwähler mobilisieren konnte. Die FPD schaffte mit 5,1 Prozent gerade noch den Einzug in die Bürgerschaft.

- (2) Die SPD als stärkste Partei führte sowohl Sondierungsgespräche mit ihren bisherigen Koalitionspartnern Grüne und Linke als auch mit der CDU, entschied sich jedoch schnell für eine Fortsetzung des bisherigen linken Dreierbündnisses. Nach vier Wochen intensiver Verhandlungen, die hinter verschlossenen Türen stattfanden, legten die drei Parteien einen 169 Seiten langen Koalitionsvertrag mit dem Titel „Veränderung gestalten: sicher, sozial, ökologisch, zukunftsfest“ vor.
- (3) Der Koalitionsvertrag formuliert ehrgeizige Ziele im Bereich klimagerechte Transformation der Wirtschaft, bei der Einstellung von neuem Personal an den Schulen, in Bezug auf Investitionen in die Infrastruktur, beim Ausbau des ÖPNV und beim Umbau der Krankenhauslandschaft. Welche Projekte letzten Endes realisiert werden können, hängt jedoch von den Finanzierungsmöglichkeiten ab. Bremen sitzt bereits auf einem Schuldenberg von 22,5 Milliarden Euro und hat sich darüber hinaus mit einem außerhalb des regulären Haushalts angesiedelten Bremen-Fonds zur Pandemiebekämpfung und einem mit 2,5 Milliarden ausgestatteten Klimafonds weiter verschuldet. Die CDU hat die in diesem Zusammenhang erfolgten Kreditermächtigungen zum Anlass genommen, eine Klage vor dem Staatsgerichtshof wegen der Verletzung des Haushaltsrechts des Parlaments einzureichen.
- (4) Beim Zuschnitt des zukünftigen Senats gab es einige Überraschungen. Da den Grünen nach ihren Verlusten nur noch zwei Ressorts zustanden, wurde das bisherige Mammutressort Umwelt, Klima, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Wohnen in zwei Bereiche aufgeteilt. Der SPD wurde ein neues Ressort Bau, Mobilität und Stadtentwicklung zugeteilt, den Grünen eines aus Umwelt, Klima und Wissenschaft. Außerdem wurden die Bereiche Wirtschaft und Häfen sowie Arbeit und Soziales jeweils zu einem Ressort zusammengelegt.
- (5) Nachdem die Delegierten der SPD und die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen sowie der Linken am 1./2. Juli 2023 dem Koalitionsvertrag zugestimmt hatten, verlief die Wahl der neuen Mitglieder des Senats in der Sitzung der Bremischen Bürgerschaft am 5. Juli ohne Überraschungen. *Andreas Bovenschulte* erhielt im ersten Wahlgang sogar 49 Stimmen, zwei mehr, als die Koalition über Sitze verfügt. Die weiteren Senatsmitglieder wurden im ersten Wahlgang gewählt.